

die klima-allianz



**MEHR KLIMASCHUTZ
WENIGER KRISEN!**



DIE KLIMA-ALLIANZ GEMEINSAM MEHR ERREICHEN

DIE KLIMA-ALLIANZ

Die Klima-Allianz ist ein Bündnis aus über 100 Organisationen: Entwicklungs-, Umwelt-, Jugend-, Tierschutz- und Verbraucherschutzorganisationen, Kirchen, Gewerkschaften und andere Initiativen. Gegründet wurde sie im April 2007 mit dem Ziel, sich gemeinsam für konsequenten Klimaschutz in Deutschland und der Welt einzusetzen und deutlich zu machen, dass dies ein Anliegen aus der Mitte der Gesellschaft ist.

Das bundesweite Bündnis führt gemeinsame Aktivitäten durch – beispielsweise am jährlich stattfindenden Klimaaktionstag. Des Weiteren betreibt es Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit zum Thema Klimaschutz. Ein Schwerpunkt der Klima-Allianz ist die Verhinderung neuer Kohlekraftwerke. 2008 wurde daher eine Anti-Kohle-Kampagne gestartet, die den Widerstand lokaler Bürgerinitiativen unterstützt und Organisationen vor Ort vernetzt.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verzichten wir auf die konsequente Verwendung der weiblichen und männlichen Formulierungen.

INHALTSVERZEICHNIS

MEHR KLIMASCHUTZ – WENIGER KRISEN!	3
KLIMASCHUTZ: KRISENLösUNG MIT KONZEPT	4
WÄRMESEKTOR: POTENZIALE AUSSCHÖPFEN	4
STROMERZEUGUNG: DURCH NETZAUSBAU DEN BOOM DER ERNEUERBAREN ENERGIEN FORTSETZEN	5
VERKEHR: ÖFFENTLICHEN NAHVERKEHR ATTRAKTIVER MACHEN	6
ENERGIEEFFIZIENZ: ANREIZE ZUM ENERGIESPAREN SCHAFFEN	7
 Globale Klimagerechtigkeit: GLEICHE RECHTE UND FAIRER LASTENAUSGLEICH	8
Landwirtschaft: ÖKOLANDBAU FÖRDERN – STEIGENDE NACHFRAGE DECKEN	9
ALTE STRUKTUREN ÜBERWINDEN	10
KLIMABILANZ DER AKTUELLEN LEGISLATURPERIODE	12

Impressum:

Die Klima-Allianz, Marienstraße 19-20, 10117 Berlin
Tel.: 030 / 67 81 77 5-72, Fax: 030 / 67 81 77 5-80
Email: info@die-klima-allianz.de, Internet: www.die-klima-allianz.de
Christina Hering (V.i.S.d.P.)

Gestaltung: DIE.PROJEKTOREN

Fotos: DIE.PROJEKTOREN; Pixelio.de (R_K_B_by_ehuth, Marco-Barnebeck-Telemarc, Uwe-Steinbrich, Rainer Sturm); fotolia.com (Deklofenak, Ralf Hasemann, Jürgen Effner, Manfred Steinbach, creative studio, bilderbox, danielschoenen, Bernd Kröger, Sigtrix, bernd schwarz, Sven Hoppe, Thaut Images, Eléonore H)

MEHR KLIMASCHUTZ – WENIGER KRISEN!

Die Weltwirtschaft befindet sich in einer schweren Krise und viele Menschen fürchten um ihren Arbeitsplatz, in den ärmsten Ländern auch um ihre Existenz. Die Wirtschaftskrise offenbart auch, dass gerade die Sektoren am schlimmsten betroffen sind, die in kurzer Zeit maximale Profite erzielen wollten oder zu lange an vermeintlich bewährten Geschäftsmodellen festhielten, ohne sich rechtzeitig an veränderte Rahmenbedingungen anzupassen. Daraus sollten wir für die Zukunft lernen.

Bislang wurden Investitionen in den Klimaschutz häufig als reiner Kostenfaktor oder als ideologisch motivierte Subventionen angesehen. Auch die beiden Konjunkturpakete der Bundesregierung wurden ohne jegliche Kopplung an Umweltkriterien verabschiedet. Doch dies können wir uns nicht länger leisten, wie bereits Nicholas Stern, der ehemalige Chef-Volkswirt der Weltbank, in seinem Bericht über die Kosten des Klimawandels belegt hat: Nichthandeln wird teurer als die sofortige Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen.¹

In dieser Broschüre stellt die Klima-Allianz anhand von Beispielen dar, dass Klimaschutz sich auch wirtschaftlich auszahlt. Die Nutzung von Erneuerbaren Energien und die Steigerung der Energieeffizienz senken die Abhängigkeit von Öl-, Kohle- und Gasimporten, fördern technologische Innovationen und tragen zur Energiesicherheit sowie zur gerechten Teilhabe zukünftiger Generationen bei. Wir haben in Deutschland eine gute Basis, auf die wir aufbauen können – schon heute arbeiten 1,8 Millionen Menschen im Umweltsektor, davon allein 280.000 im Bereich der Erneuerbaren Energien.² Nun gilt es auch und gerade wegen der Wirtschaftskrise, diese Potenziale des Klimasektors auszubauen.

Klimaschutz ist außerdem eine Frage der globalen Gerechtigkeit. Schon heute sind die Menschen in vielen Entwicklungsländern am stärksten von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen, obwohl sie am wenigsten dazu beitragen. Auch deshalb müssen wir den Klimawandel auf ein kontrollierbares Ausmaß begrenzen. Wetterextreme, die Ausbreitung von Wüsten, das Abschmelzen der Gletscher und Polkappen sowie das Aussterben von Pflanzen- und Tierarten dürfen nicht ungebremst voranschreiten und die Lebensbedingungen der Menschen weiter verschlechtern.

SIE entscheiden über die künftige Klima- und Energiepolitik unseres Landes. Am 27. September ist Bundestagswahl. Geben Sie denjenigen Ihre Stimme, die sich glaubwürdig für Klimaschutz einsetzen.

¹ Nicholas Stern: Stern Review on the Economics of Climate Change, 2006

² Webseite des Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit www.erneuerbare-energien.de/inhalt/43440/4590

KLIMASCHUTZ: KRIESEN LÖSUNG MIT KONZEPT

Es gibt sehr viele gute Beispiele dafür, dass Klimaschutzmaßnahmen ökonomisch sinnvoll sind und Arbeitsplätze schaffen. Konsequente Klimaschutzpolitik belebt die Konjunktur und verbessert die Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft.



WÄRMESEKTOR: POTENZIALE AUSSCHÖPFEN

WO STEHEN WIR?

Etwa ein Drittel der in Deutschland produzierten Energie wird zum Heizen der Gebäude gebraucht. Einige der Maßnahmen, die in den vergangenen Monaten im Rahmen des Erneuerbare Energien-Wärmegesetzes, der Energieeinsparverordnung sowie der verstärkten Förderung der Gebäudesanierung verabschiedet wurden, sind unzureichend oder greifen bislang nicht. Ein Beispiel ist das Mieter-Vermieter-Dilemma: Für Investitionen ist der Vermieter zuständig, die Energieeinsparung kommt aber dem Mieter zugute. Damit fehlen Vermietern die Anreize zur energetischen Gebäudesanierung.

WAS IST ZU TUN?

Beschleunigung der energetischen Gebäudesanierung

Das Tempo der Gebäudesanierung muss erhöht und das riesige Einsparpotenzial im Gebäudebestand genutzt werden. Sollte die gegenwärtige Geschwindigkeit beibehalten werden, dauert die Sanierung aller sanierungsbedürftigen Gebäude in Deutschland rund 100 Jahre. Drei von vier der etwa 39 Millionen Wohnungen und über die Hälfte der rund 150.000 Gebäude der Bildungsinfrastruktur (Schulen, Kindergärten, etc.) sind aus energetischer Sicht sanierungsbedürftig.³ Wichtige Schritte, um die energetische Gebäudesanierung voranzubringen sind: Die Förderung von Wärmedämmmaßnahmen, der Austausch veralteter Heizkessel und der klimaschädlichen Nachtspeicherheizungen. Ein Rechtsanspruch für Mieter auf energetisch sanierte Häuser sowie Regelungen für einen finanziellen Lastenausgleich zwischen Vermieter und Mieter sollten möglichst schnell umgesetzt werden. Die genannten Maßnahmen sorgen für zusätzliche Arbeitsplätze im Handwerk und Baugewerbe⁴ und verringern die Abhängigkeit von teurer, importierter Energie. Investitionen in Höhe von einer Milliarde Euro schaffen und sichern Arbeit für 20.600 Beschäftigte.⁵

Ausbau der Wärmenetze

Eine Studie des Bremer Energie-Instituts⁶ zeigt, dass mehr als die Hälfte des Raumwärmebedarfs in den deutschen Wohn- und Verwaltungsgebäuden durch einen Fern- oder Nahwärmeanschluss gedeckt werden kann – doch nur ein kleiner Teil davon ist bis heute angeschlossen. Eine gezielte Förderung des Ausbaus von Nah- und Fernwärmesystemen einschließlich der Hausanschlüsse stärkt die mittelständige Wirtschaft, vor allem in den städtischen Ballungszentren, und schafft – nach Berechnung der Gewerkschaft Verdi – rund 10.000 Arbeitsplätze. Darüber hinaus trägt das Fernwärmeprogramm langfristig zur Energiesicherheit bei und mindert die Abhängigkeit von Energieimporten.

³ Co₂ online gemeinnützige GmbH, Fraunhofer Institut für Bauphysik: CO₂-Gebäudereport 2007

⁴ Umweltbundesamt: Hintergrundpapier „Beschäftigung im Umweltschutz 2006“, 2008

⁵ Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung: Gesamtwirtschaftliche und fiskalische Implikationen der Städtebauförderung, 2004

⁶ Bremer Energie Institut, Deutsches Institut für Luft- und Raumfahrt: Analyse des nationalen Potenzials für den Einsatz hocheffizienter Kraft-Wärme-Kopplung, 2005



STROMERZEUGUNG: DURCH NETZAUSBAU DEN BOOM DER ERNEUERBAREN ENERGIEN FORTSETZEN

WO STEHEN WIR?

2008 gab es zum ersten Mal Tage, an denen der eingespeiste Strom aus Windenergie einen größeren Anteil als der Strom aus Atomkraftwerken hatte. Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, den Anteil der Erneuerbaren Energien im Stromsektor von derzeit 15 auf 30 Prozent bis 2020 auszubauen, der Bundesverband Erneuerbare Energie prognostiziert sogar einen Anteil von 47 Prozent.⁷

WAS IST ZU TUN?

Technologievorsprung aufrechterhalten

Jahr für Jahr wachsen die Umsätze und Beschäftigtenzahlen im Bereich der Erneuerbaren Energien. Für 2008 ermittelte das Bundesumweltministerium für die gesamte Branche eine Zahl von knapp 280.000 Beschäftigten, ein Zuwachs von rund 12 Prozent gegenüber 2007.⁸ Deutschland ist derzeit führend in den relevanten Technologien, aber zunehmend verfolgen auch andere Länder ehrgeizige Pläne zum Ausbau der Erneuerbaren Energien, z.B. die USA. Wegen des boomenden Heimatmarkts haben deutsche Unternehmen einen Technologievorsprung, den die Politik nicht aufs Spiel setzen darf.

Stromnetz aus- und umbauen

Das heutige Stromnetz ist auf das Zeitalter zentraler Großkraftwerke ausgelegt, das allmählich ausläuft. Für die rasch wachsenden Anteile von Ökostrom muss das Netz aus- und umgebaut werden, um Stromerzeugung und Stromnachfrage flexibler aufeinander einstellen zu können. Gelingt der Netzausbau im notwendigen Tempo, werden die Erneuerbaren Energien einen noch wichtigeren Beitrag zum Klimaschutz leisten. Darüber hinaus werden sie auf lange Sicht einen positiven Effekt auf die Strompreise haben: Die fossilen Brennstoffe werden knapper und damit teurer. Erneuerbare Energien hingegen werden in Massenproduktion immer billiger.

Investitionen in Erneuerbare Energien fördern heimische Arbeitsplätze statt Energieimporte. Wer heute nicht zielstrebig in Erneuerbare Energien investiert, wird morgen schutzlos den Preisschwankungen von Öl, Kohle und Gas ausgesetzt sein.

⁷ Bundesverband Erneuerbare Energie: Stromversorgung 2020 – Wege in eine moderne Energiewirtschaft, 2009

⁸ www.erneuerbare-energien.de/inhalt/43440/4590



VERKEHR: ÖFFENTLICHEN NAHVERKEHR ATTRAKTIVER MACHEN

WO STEHEN WIR?

Mindestens 20 Prozent der CO₂-Emissionen in Deutschland kommen aus dem Verkehrssektor.⁹ Die Auto- und Strassenbaulobby hat es bisher jedoch immer geschafft, den Verkehrssektor von wirksamen Klimaschutzbeiträgen auszunehmen. Weder wurde der Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel vorangetrieben, noch konnte die deutsche Autoindustrie von ihrer völlig verfehlten Fixierung auf spritschluckende Modelle abgebracht werden. Eine zukunftsfähige Mobilität braucht einen leistungsfähigen öffentlichen Verkehrssektor und eine Effizienzrevolution bei Autos.

WAS IST ZU TUN?

Schiennetz ausbauen

Auf den Verkehrssektor entfallen in der EU 70 Prozent des gesamten Erdölverbrauchs. Der weitgehend elektrisch betriebene Schienenverkehr bietet schon heute die Möglichkeit, verstärkt auf erneuerbare Energiequellen zurückzugreifen. Es gibt nicht viele Wirtschaftsbranchen, in denen Deutschland Weltmarktführer ist. Die Bahnindustrie aber ist eine von ihnen. Mit innovativer Hochtechnologie haben sich die Hersteller von Lokomotiven, Zügen sowie Signal- und Gleistechnik in Deutschland einen Platz an der Weltspitze erobert.

Die Bundeszuschüsse an die Länder für den Öffentlichen Nahverkehr müssen zielstrebig wieder erhöht werden – allein 2007 und 2008 wurden sie um 1,26 Milliarden Euro gekürzt.¹⁰ Die Bahn muss wieder in die Fläche zurückkehren, aus der sie sich in den letzten Jahrzehnten immer mehr zurückgezogen hat. Erfolgsbeispiele wie der Nahverkehr im Großraum Karlsruhe, die Bayerische Oberlandbahn, die Schönbuchbahn bei Stuttgart, die Prignitzer Eisenbahn in Brandenburg, die Taunusbahn, die Aachener Euregiobahn und viele andere zeigen, dass ein attraktives Angebot von den Kunden angenommen wird und damit zu regionaler Wertschöpfung sowie zur Schaffung von Arbeitsplätzen beiträgt.¹¹ Die gesamte Bahnbranche beschäftigt 900.000 Menschen.¹² Und: Die Zahl der Arbeitsplätze in der Schienenbranche wächst.

⁹Verkehrsklub Deutschland: Zehn Bausteine für eine zukunftsfähige Verkehrspolitik, 2009

¹⁰Süddeutsche Zeitung 28.12.2007

¹¹Allianz pro Schiene: Stadt, Land, Schiene – 16 Beispiele erfolgreicher Bahnen im Nahverkehr, 2006

¹²Allianz pro Schiene/VDB-Verband der Bahnindustrie in Deutschland e.V./Verband Deutscher Verkehrsunternehmen: Die zehn wichtigsten Gründe zur Förderung des Schienenverkehrs, 2008



ENERGIEEFFIZIENZ: ANREIZE ZUM ENERGIESPAREN SCHAFFEN

WO STEHEN WIR?

Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, bis 2020 den Stromverbrauch in Deutschland um 11 Prozent zu senken. Dennoch waren die bisherigen Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz wie etwa das Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz nicht ausreichend. Das Energieeffizienzgesetz wurde noch immer nicht verabschiedet, da sich Bundeswirtschafts- und Bundesumweltministerium nicht einig konnten.

WAS IST ZU TUN?

Mit Top-Runnern Stromverbrauch senken

In Deutschland sollte so schnell wie möglich der sogenannte Top-Runner-Ansatz für Haushaltsgeräte eingeführt werden, der in Japan große Erfolge aufzuweisen hat. Danach werden die auf dem Markt verfügbaren, effizientesten Geräte jeder Produktklasse (die „Top-Runner“) zum Standard. Die Konkurrenz muss innerhalb einer bestimmten Frist nachziehen und ähnlich gute Verbrauchswerte nachweisen. So können Stromverbrauch und Stromkosten privater Haushalte und Unternehmen gesenkt und die Klimaziele erreicht werden.

Der Top-Runner-Ansatz schafft Anreize für technologische Innovationen, stärkt damit die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und sichert Arbeitsplätze. Dem Weltmarkt für effiziente Haushaltsgeräte wird ein jährliches Wachstum von vier Prozent prognostiziert, der Weltmarktanteil deutscher Elektrotechnikunternehmen bei Haushaltsgeräten liegt bei 15 Prozent.¹³ Bis 2020 können in Deutschland 850.000 Arbeitsplätze in Branchen, in denen Energie und Energieeffizienz von strategischer Bedeutung sind, geschaffen werden.¹⁴

Neben dem Top-Runner-Ansatz ist eine klare Verbrauchskennzeichnung für Haushaltsgeräte sowie eine Energieberatung für Verbraucher notwendig, um den Marktanteil energiesparender Geräte zu erhöhen.

Umweltpremie für A++ Kühlschränke

50 Millionen Haushaltsgeräte – davon 29 Millionen Kühlschränke und Gefriertruhen – sind älter als 10 Jahre.¹⁵ Aufgrund geringer Stückzahlen liegen die Preise von A++ Kühlschränken deutlich über den Schnäppchenangeboten energiefressender Geräte, so dass der Ersatz der alten Kühlschränke durch Top-Runner-Geräte für die meisten Verbraucher nicht attraktiv ist.¹⁶ Eine Umweltpremie für energiesparende Kühlschränke könnte jedoch einen Anreiz zum Erwerb eines solchen Geräts schaffen.

Darüber hinaus sollte es ein spezielles Förderangebot für einkommensschwache Haushalte geben. Gerade für diese Haushalte sind hohe Anschaffungskosten oft ein Hindernis, obwohl solche Geräte die Energiekosten dauerhaft reduzieren.

¹³Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: Umweltbericht 2009

¹⁴McKinsey: Wettbewerbsfaktor Energie, 2009

¹⁵IG Metall in der Süddeutschen Zeitung, 7.3.2009

¹⁶Bund für Umwelt und Naturschutz: Ein wirksames Energieeffizienzgesetz – Vorschlag des BUND, 2009



Globale Gerechtigkeit: Gleiche Rechte und fairer Lastenausgleich

Wo stehen wir?

Den Klimawandel haben überwiegend die Industrieländer verursacht – unser Wohlstand basiert bisher auf der intensiven Nutzung fossiler Energien. Dieses Entwicklungsmodell ist nicht auf die ganze Welt übertragbar. Ein Paradigmenwechsel zu einem neuen, emissionsarmen Wohlstandsmodell muss beschleunigt umgesetzt werden. Für uns ist eine klimafreundlichere Lebens- und Produktionsweise machbar, weil wir über die technischen und finanziellen Mittel verfügen. Für Schwellenländer wie China und erst recht für arme Entwicklungsländer z.B. in Afrika, ist die Herausforderung ungleich größer! Sie befürchten, dass ihnen nun die wirtschaftliche Entwicklung verwehrt werden soll und die Überwindung der Armut unerreichbar bleibt.

Was ist zu tun?

Klimaprobleme global anpacken

Klimaschutz und das Recht auf Entwicklung müssen sich gegenseitig bedingen, klimafreundliche Entwicklungsstrategien zum Kern der Entwicklungspolitik werden. Allen Menschen muss das gleiche Recht auf „Nutzung der Atmosphäre“ zugesprochen werden, so dass langfristig der CO₂-Ausstoß weltweit deutlich unter zwei Tonnen pro Person reduziert werden muss.

Dies ist nur zu erreichen, wenn die Industrieländer, die Hauptverursacher der bisherigen Erderwärmung sind und über größere wirtschaftliche Möglichkeiten verfügen, die Entwicklungsländer bei einem klimafreundlichen Entwicklungspfad massiv unterstützen. Natürlich müssen sich auch Entwicklungsländer zur Begrenzung ihrer Treibhausgasemissionen verpflichten, jedoch unter der Voraussetzung, dass sie von den Industrieländern weitreichende finanzielle und technologische Unterstützung erhalten. Klimagerechtigkeit heißt außerdem, dass die reichen Länder die Anpassungskosten übernehmen, die der nicht mehr vermeidbare Klimawandel in armen Ländern verursacht. In Bangladesch oder Äthiopien ist der Klimawandel schon heute für Hunderttausende, vor allem Frauen und Kinder, zur Überlebensfrage geworden. Pazifischen Inselstaaten droht gar das Versinken im Meer.



Landwirtschaft: Ökolandbau fördern – Steigende Nachfrage decken

Wo stehen wir?

Der Umsatz an ökologisch erzeugten Lebensmitteln ist von 2004 bis 2006 um etwa 40 Prozent gestiegen.¹⁷ Aktuell zeichnet sich ein etwas verlangsamtes Wachstum ab, jedoch kein Absatzeinbruch, wie in vielen anderen Branchen. Die nicht leistungsgerechte Honorierung des Biolandbaus hat jedoch dazu geführt, dass 2006 der Zuwachs der ökologisch bewirtschafteten Fläche in Deutschland nur 2,3 Prozent betrug – ein historischer Tiefststand. Nachbarländer wie Österreich und Polen vergüten die Umweltleistungen ihrer Bio-Betriebe weitaus besser als alle Bundesländer in Deutschland.¹⁸

¹⁷ Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: Magazin Arbeit und Umwelt, 2009

¹⁸ Bioland, Pressemitteilung 2006

¹⁹ Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Agrarpolitischer Bericht der Bundesregierung, 2007

²⁰ Bioland, BÖLW, BUND, DNR, NABU und VZBV: Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung, Stellungnahme zum Entwurf des Fortschrittsberichts 2008

²¹ Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Magazin Arbeit und Umwelt, 2009

²² Foodwatch, Institut für ökologische Wirtschaftsforschung: Klimaretter Bio?, 2008

²³ ebenda

Was ist zu tun?

Zahl der Ökobetriebe erhöhen

Der Biolandbau muss stärker gefördert und bestehende Hindernisse müssen beseitigt werden. Aus wirtschaftlicher Sicht spricht für den Biolandbau, dass er Folgekosten von Umweltschäden vermeidet und rund 30 Prozent mehr Arbeitskräfte als konventionelle Vergleichsbetriebe beschäftigt¹⁹ – was allein auf der Erzeugerebene derzeit etwa 9.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft entspricht.²⁰ Insgesamt arbeiteten 2006 in Deutschland im ökologischen Landbau sowie der nachgelagerten Verarbeitung und dem Handel rund 175.000 Beschäftigte.²¹

Eine Förderung des Ökolandbau hätte außerdem positive Folgen für die heimische Landwirtschaft und das Klima: mit über 13 Prozent der in Deutschland emittierten Treibhausgase pro Jahr – davon allein 133 Millionen Tonnen Kohlendioxid (CO₂) – stößt die deutsche Landwirtschaft fast ebenso viel Treibhausgase aus wie der Straßenverkehr.²² Da der Ökolandbau auf chemische Dünger und Pflanzenschutzmittel verzichtet und ökologisch bewirtschaftete Böden eine höhere CO₂-Bindfähigkeit haben, weist er pro Kilogramm Getreide etwa 60 Prozent geringere Treibhausgasemissionen auf als die konventionelle Produktion.²³ Die Treibhausgasbilanz der Landwirtschaft könnte zudem gesenkt werden, wenn die Massentierhaltung reduziert würde.

ALTE STRUKTUREN ÜBERWINDEN

Es gibt zahlreiche Beispiele, die sowohl dem Klimaschutz als auch einer zukunftsfähigen Wirtschaftspolitik zu wider laufen und daher in der nächsten Legislaturperiode gestoppt oder reformiert werden müssen. Wir beschränken uns hier auf eine Kurzdarstellung der aus unserer Sicht vier wichtigsten Beispiele.

ENERGIESEKTOR: Kohle und Atom verhindern den Ausbau der Erneuerbaren Energien



Das Ziel der Bundesregierung, den Anteil der Erneuerbaren Energien auf 30 Prozent bis 2020 auszubauen, führt zu einer schwankenden Einspeisung großer Mengen Wind- und später Sonnenenergie. Dies erfordert einen flexiblen Strommarkt, der sich beständig auf Angebot und Nachfrage einstellt. Atom- und Kohlekraftwerke können ein schnelles An- und Abschalten jedoch nicht leisten. Bei Atomkraftwerken ist dies aus Sicherheitsgründen und bei Kohlekraftwerken aus Kostengründen nicht möglich. Wer den Atomausstieg kippen und weitere Kohlekraftwerke bauen will, behindert folglich den Ausbau der Erneuerbaren Energien und damit eine zukunftsfähige Stromversorgung.

Gegen die derzeit in Deutschland geplanten 29 neuen Kohlekraftwerke sprechen außerdem die hohen CO₂-Emissionen:

Der Energiesektor stößt pro Jahr 300 Millionen Tonnen CO₂ aus, die geplanten Kohlekraftwerke würden die CO₂-Bilanz um weitere 185 Millionen Tonnen erhöhen.²⁴ Damit würden hohe CO₂-Emissionen in der Energieerzeugung dauerhaft zementiert und notwendige Reduktionsziele in Deutschland unerreichbar werden. Gegen die Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken sprechen die Risiken eines Störfalls und die ungeklärte Endlagerung des anfallenden Atommülls. Beide Kraftwerksarten stoßen nur auf eine geringe Akzeptanz in der Gesellschaft und werden innerhalb kurzer Zeit zur Stromerzeugung nicht mehr gebraucht.

VERKEHRSBEREICH: Mit neuen Straßen auf dem Holzweg



Deutschland verfügt bereits über eines der dichtesten Straßennetze der Welt. Trotzdem fördert die Bundesregierung mit den Konjunkturprogrammen den weiteren Ausbau. Investitionen in das Schienennetz werden demgegenüber konsequent vernachlässigt. Weitere Investitionen in den Straßenausbau und -neubau führen dazu, dass die Zersiedelung und Flächenversiegelung weiter voranschreitet und die Klimaziele durch steigenden Verkehr gefährdet werden. Auch den nachfolgenden Generationen werden erhebliche Kosten für den Unterhalt der

Straßen aufgebürdet. Vor diesem Hintergrund muss Straßenneubau künftig vermieden und finanzielle Mittel lediglich für die Sanierung der bestehenden, vielfach maroden Straßen und Brücken sowie für den Ausbau des Schienennetzes und des Öffentlichen Nahverkehrs zur Verfügung gestellt werden.

KLIMASCHÄDLICHE SUBVENTIONEN: Dienstwagen-Privileg abschaffen



2007 waren mehr als die Hälfte der neu zugelassenen Autos in Deutschland Dienst- und Firmenwagen. Unternehmen können bisher die Kosten für Anschaffung und Betrieb von Firmenwagen vollständig von der Steuer absetzen, Arbeitnehmer müssen die private Nutzung von Dienstwagen nur pauschal versteuern. Die Gegenfinanzierung dieser Privilegien leisten vor allem die kleinen und mittleren Arbeitnehmer über höhere Steuern und Abgaben. Von den Steuervorteilen profitieren in erster Linie diejenigen mit den höchsten Einkommen und den teuersten, größten Dienstwagen. Damit wird der Absatz von spritfressenden Mittel- und Oberklassefahrzeugen gefördert – eine Tatsache, die weder der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Autoindustrie noch dem Klimaschutz dient. Dienstwagen bestimmen auch erheblich die Zusammensetzung des Gebrauchtwagenmarktes. Die Privilegien müssen daher abgeschafft werden und die Dienstwagenbesteuerung reformiert werden: Je geringer der CO₂-Ausstoß des Dienstwagens, desto geringer die Steuern für den Autonutzer.

AUSNAHMEN FÜR ENERGIEINTENSIVE INDUSTRIEN IM EMISSIONSHANDEL: Wirksamer Klimaschutz leichtfertig verspielt



Der europäische Emissionshandel ist ein wichtiges Instrument für den Klimaschutz, da er Anreize für Investitionen in klimaschonende Technologien schafft. Die deutsche Regierung wurde im Vorfeld des EU-Gipfels Ende 2008 von der Industrie mit der Behauptung unter Druck gesetzt, ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit sei durch den Einbezug in den Emissionshandel gefährdet. Daraufhin wurden den energieintensiven Branchen, wie beispielsweise der Zement-, Glas- und Papierherstellung oder der Stahl- und Aluminiumindustrie umfangreiche Ausnahmen gewährt. Etwa 90 Prozent der Unternehmen aus diesen Sektoren erhalten auch nach 2012 ihre Zertifikate umsonst. Aber: Kaum eine dieser Branchen steht im internationalen Wettbewerb. Auf Kosten des Klimaschutzes wurden also Ausnahmeregelungen getroffen, die den Profiten einzelner Unternehmen dienen. Die Begünstigung der energieintensiven Branche im Emissionshandel muss daher nach der Verabschiedung eines internationalen Klimaabkommens in Kopenhagen revidiert werden.

²⁴ Deutsche Umwelthilfe: Kohlekraftwerksprojekte in Deutschland, 2009

KLIMABILANZ DER AKTUELLEN LEGISLATURPERIODE

Die große Koalition startete mit besten Klimaschutzabsichten, die im Laufe der Legislaturperiode aber immer stärker abgeschwächt oder sogar aufgegeben wurden. Negativer Höhepunkt in der Klimapolitik waren die teils erfolgreichen Versuche von Angela Merkel, das europäische Emissionshandelssystem abzuschwächen – eine der tragenden Säulen für den Klimaschutz. Am Ende der Legislaturperiode zieht die Klima-Allianz eine Bilanz der Klimapolitik der letzten vier Jahre.

INTEGRIERTES KLIMASCHUTZ-UND ENERGIE-PROGRAMM DER BUNDESREGIERUNG (IKEP): Schritt in die richtige Richtung, aber Ziel verfehlt



Mit dem Ziel, die Treibhausgase bis 2020 um 40 Prozent gegenüber 1990 zu vermindern, wurden die Eckpunkte des IKEP bei einer Kabinettsklausur in Meseberg im August 2007 festgelegt und 2008 zum größten Teil im Bundestag verabschiedet. Das 30-Punkte-Programm wurde im Gesetzgebungsverfahren stark verwässert. Während die Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) gelungen ist, wurden zahlreiche Möglichkeiten zur Energieeinsparung vertan.

Beispiele:

- ▶ Das Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz (EEWG) schreibt Erneuerbare Energien nur für Neubauten, nicht aber für Altbauten vor.
- ▶ Es wurde kein Austausch der besonders klimaschädlichen Nachtspeicherheizungen vorgeschrieben.
- ▶ Bei der Energieeinsparverordnung (EnEV) wird Mietern in energetisch unsanierten Häusern kein Recht auf Mietminderung zugestanden. Zudem wurden Ein- und Zweifamilienhäuser von der Regelung ausgenommen.
- ▶ Die Reform der Kfz-Steuer wurde durch die Blockade von Bundeswirtschaftsminister Glos unnötig verschoben und die Abschaffung des Dienstwagenprivilegs aus dem 30-Punkte-Programm gestrichen.
- ▶ Das Energieeffizienzgesetz wurde bis heute nicht verabschiedet.²⁵

Vor allem Abgeordnete der Unionsfraktion verhinderten wirksamere Maßnahmen im Straßenverkehr, bei der Gebäudesanierung und der Kraft-Wärme-Kopplung. Die verabschiedete Fassung des IKEP wird daher nicht die erwünschte CO₂-Reduzierung erbringen.

KONJUNKTURPAKETE: Chance zur Verzahnung von Ökologie und Ökonomie leichtfertig vergeben



Nachdem die Finanzkrise auf die Wirtschaft übergriff, wurde im Herbst 2008 das erste, im Januar 2009 dann das zweite Konjunkturpaket von der Regierung geschnürt. Bei beiden Konjunkturpaketen wurde versäumt, die Maßnahmen an Umweltkriterien zu knüpfen: weder bei den 17 Milliarden Euro für öffentliche Investitionen noch bei der Kfz-Steuerbefreiung oder den fünf Milliarden Euro für die PKW-Abwrackprämie. So hätten die beiden Maßnahmen zur Stützung der Autoindustrie an eine Obergrenze für den CO₂-Ausstoß der (Neu)wagen von 120 g/km gekoppelt werden müssen. Auch die Milliarden für Straßenneubau sind unnötig, da Deutschland eines der dichtesten Straßennetze der Welt hat. In diesem Bereich hätte die Instandhaltung der bestehenden Straßeninfrastruktur völlig ausgereicht. Nicht nachvollziehbar ist zudem die explizite Ausnahme des Öffentlichen Personennahverkehrs von der staatlichen Förderung, da diese Entscheidung wirtschafts- und klimafeindlich ist. Die Chance, durch die beiden Konjunkturpakete zukunftsfähige Arbeitsplätze zu schaffen, wurde folglich vertan.

VERKEHRSBEREICH: Vor der Autolobby eingeknickt



Die Bilanz im Verkehrsbereich ist katastrophal. Auf Europaebene haben sich Merkel und Gabriel dem Druck der deutschen Autoindustrie gebeugt und geringere CO₂-Obergrenzen durchgesetzt. National haben sie in den beiden Konjunkturpaketen eine befristete Kfz-Steuerbefreiung und eine Abwrackprämie ohne jegliche Kopplung an Umweltkriterien beschlossen. Die Kfz-Steuer wurde nur halbherzig reformiert, so dass sie weder dem Klimaschutz noch der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Autoindustrie dient. Die Bundeszuweisungen für den Öffentlichen Nahverkehr wurden deutlich gekürzt. Die missratene Bahnreform war ein glatter Fehlschlag. Mit den umstrittenen Biospritquoten wird so gut wie kein Klimaschutzeffekt erzielt.

²⁵ Stand: Mitte April 2009

EU-KLIMAPOLITIK UND EMISSIONSHANDEL: Rolle rückwärts beim EU-Gipfel 2008!



Beim EU-Gipfel im Dezember 2008 wandelte sich Angela Merkel von der Paula zur Saula: Unter dem Druck von Teilen der deutschen Industrie, die den Emissionshandel als Gefahr für den Wirtschaftsstandort Deutschland darstellte, torpedierte die Bundeskanzlerin massiv das EU-Energie- und Klimapakete. Als Folge wurden fast flächendeckende Gratis-Emissionsrechte für energieintensive Industriezweige gewährt. Das schwächt langfristig nicht nur den Klimaschutz, sondern auch die Innovationskraft der deutschen Wirtschaft, da nun Anreize für die Entwicklung klimafreundlicher Technologien fehlen. Darüber hinaus wurde ermöglicht, dass die Senkung der europäischen CO₂-Emissionen zu einem großen Teil durch Klimaschutzprojekte in Entwicklungsländern „ersetzt“ werden kann.

ENERGIEEFFIZIENZ: Hehre Ziele, aber noch immer kein Gesetz

Zum Zeitpunkt der Erstellung dieser Broschüre (April 2009) war das Effizienzgesetz immer noch nicht verabschiedet. Ein Armutszeugnis angesichts der Notwendigkeit, die Energieeffizienz zu erhöhen und Kosten einzusparen. Das Bundeswirtschaftsministerium bevorzugt eine freiwillige Selbstverpflichtung der Unternehmen – das Bundesumweltministerium pocht auf verpflichtende Vorgaben. Ergebnis: Stillstand.

KOHLEPOLITIK: Festhalten an der rückwärtsge- wandten und klimafeindlichen Stromerzeugung

Mit dem Argument, dass alte Kohlekraftwerke durch neue und effizientere ersetzt werden müssen, warben SPD, CDU, CSU und FDP für den Bau neuer Kohlekraftwerke – oft genug gegen den Widerstand der eigenen Parteifreunde vor Ort. Dabei stoßen neue Kraftwerke 40-50 Jahre lang große Mengen CO₂ aus. Künftig, so hat es die Bundesregierung in Brüssel verhandelt, sollen neue Kohlekraftwerke sogar mit bis zu 15 Prozent der Investitionssumme subventioniert werden können. Und dies ausgerechnet mit Einnahmen aus dem Emissionshandel. Gelder aus dem Klimaschutz würden damit direkt Klimakiller subventionieren. Die Technik der Kohlenstoffabscheidung und -speicherung (CCS) soll die Emissionen vermindern, ist jedoch noch nicht ausreichend erforscht. Die Regierung verabschiedete aber bereits ein CCS-Gesetz, das die rechtlichen Rahmenbedingungen dafür regeln soll. Selbst eine vom Bundesumweltministerium in Auftrag gegebene Studie²⁶ hat aufgezeigt, dass durch die geplanten 29 neuen Kohlekraftwerke die angestrebte CO₂-Minderung in Deutschland von 40 Prozent verfehlt wird.

BIOKRAFTSTOFFE: Blinder Aktionismus, der teilweise zurückgenommen werden musste

Zu Beginn der Legislaturperiode wurde innerhalb kürzester Zeit eine Beimischungspflicht für Biokraftstoffe verabschiedet. Da die Anbaufläche in Deutschland aber für die benötigte Menge an Energiepflanzen nicht ausreicht und der weltweite Anbau in anderen Regionen zu steigenden Nahrungsmittelpreisen, Monokulturen und schlechten Klimabilanzen führt, geriet die Quote in Misskredit. Endgültig gesenkt wurde die Quote, als deutlich wurde, dass Besitzer von älteren Benzin-PKW wegen der für ihre Automodelle unverträglichen Beimischung von Ethanol ins Benzin künftig das teurere Superbenzin tanken müssten.

Globale Klimagerechtigkeit: Mit bisherigen Maßnahmen wird der nötige Beitrag zur Senkung der globalen Treibhausgase nicht erreicht



Deutschland hat in den letzten beiden Jahren auf zweifache Weise das Potenzial des Klimaschutzes nicht ausgeschöpft: das IKEP wird die angestrebte Senkung der CO₂-Emissionen bis 2020 um 40 Prozent gegenüber 1990 nicht erreichen. Auch der europäische Emissionshandel wurde auf Druck von Kanzlerin Merkel verwässert, so dass die EU-weite Reduzierung der CO₂-Emissionen hinter den Möglichkeiten zurück bleibt. Die Entwicklungsländer, die heute schon am stärksten unter den Folgen des Klimawandels leiden, sind aber darauf angewiesen, dass die Industriestaaten ernsthaften Klimaschutz betreiben, damit sich ihre Lebensbedingungen nicht weiter verschlechtern.

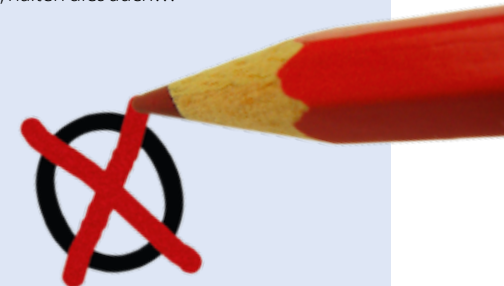
SIE HABEN DIE WAHL: WÄHLEN SIE EINE ZUKUNFTSFÄHIGE KLIMA- UND ENERGIEPOLITIK

Trotz einiger Schritte in die richtige Richtung waren die Klimaschutzbemühungen der letzten Legislaturperiode bei weitem nicht ausreichend, um den Herausforderungen des Klimawandels gerecht werden. Aktuelle Studien der Klimaforschungen zeigen, dass die globale Erwärmung noch schneller und drastischer fortschreitet, als bisher angenommen. Halbherzige Maßnahmen genügen nicht und belasten die nachfolgenden Generationen.

Wichtige Zeit wurde verspielt, um die nötigen politischen Rahmenbedingungen zu setzen und Anreize für technologische Innovationen zu schaffen. Damit wäre nicht nur das Klima wirksam geschützt, sondern auch Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit gestärkt worden. Die aktuelle Krise der Autoindustrie verdeutlicht dies beispielhaft.

Die neue Regierung muss den Rückstand aufholen und einen ordnungspolitischen Rahmen schaffen, um den Strukturwandel im Energie- und Automobilsektor zu forcieren. Ökologie und Wirtschaft müssen stärker verzahnt und nicht mehr gegeneinander ausgespielt werden – dass dies möglich und erfolgsversprechend ist, haben wir auf diesen Seiten gezeigt.

Prüfen Sie daher die Klimaversprechen der Kandidaten auf ihre Substanz. Nicht alle Kandidaten, die Klimaschutz versprechen, halten dies auch...



²⁶ Dr. Joachim Nitsch, Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR): Leitstudie 2008



Wenn Sie wollen, dass bei der Bundestagswahl Kandidaten gewählt werden, die sich glaubwürdig für Klimaschutz einsetzen, verteilen Sie diese Broschüre auch in Ihrem Netzwerk, in Ihrer (Kirchen-)Gemeinde, an Infoständen in der Fußgängerzone oder auf Veranstaltungen.

BESTELLUNG DER BROSCHÜRE:

Die Klima-Allianz

Marienstraße 19-20

10117 Berlin

Tel.: 030/67 81 77 5-72

Fax: 030/67 81 77 5-80

Email: info@die-klima-allianz.de

Internet: www.die-klima-allianz.de

LokayDRUCK

Ressourcenschonende Printprodukte

Klimaneutral gedruckt auf 100% Recyclingpapier mit umweltfreundlichen Farben auf Pflanzenölbasis.

SIE HABEN DIE WAHL

WÄHLEN SIE EINE ZUKUNFTSFÄHIGE KLIMA- UND ENERGIEPOLITIK